

EU will Grenzen dichter machen

Kontrollen gegen Jihadisten

Luxemburg. Die EU-Staaten wollen potenzielle Jihadisten an der Ein- und Ausreise aus Europa hindern. Gewaltbereite Europäer, die sich etwa der Terrormiliz Islamischer Staat (IS) in Syrien oder im Irak anschliessen wollen, sollen an den Aussengrenzen des Schengener Raums gestoppt werden.

Mit ihren Flughäfen hat auch die Schweiz Schengen-Aussengrenzen. Die EU-Innenminister berieten an ihrem Treffen gestern in Luxemburg konkrete Massnahmen. Dazu zählen etwa die systematischeren Kontrollen an den Aussengrenzen.

«Wir wollen nicht, dass aus Europa, aus Deutschland Terror exportiert wird», sagte der deutsche Innenminister Thomas de Maizière. «Und wir wollen erst recht nicht, dass ausgebildete Kämpfer nach Europa und Deutschland zurückkehren und gegebenenfalls hier Anschläge planen», sagte der Innenminister. Österreichs Innenministerin Johanna Mikl-Leitner nannte gewaltbereite Islamisten «tickende Zeitbomben», die es zu entschärfen gelte.

Daher seien intensivere Passkontrollen bei allen EU-Bürgern nötig. «Wir müssen einfach weg von der stichprobenartigen Kontrolle hin zur systematischen, automatischen Kontrolle», forderte die Ministerin.

De Maizière verlangte ausserdem, dass Grenzschützer in der EU-weiten Fahndungsdatenbank «Schengener Informationssystem SIS» künftig direkt Informationen über ausländische Kämpfer erhalten müssten, um diese erkennen zu können. «Dafür brauchen wir gegebenenfalls Änderungen im SIS», sagte der deutsche Minister weiter. SDA

Sommarugas Rüge in Brüssel

Italien hält sich nicht an «Dublin»

Brüssel. Bundesrätin Simonetta Sommaruga verlangt von Italien, sich an das Dublin-System zu halten und die Flüchtlinge zu registrieren. Gleichzeitig zeigte sie sich aber offen, über einen Verteilerschlüssel für Flüchtlinge zu diskutieren.

Auch sei die Schweiz bereit, Italien zu unterstützen – etwa mit Personal oder bei der Registrierung, sagte Sommaruga gestern in Luxemburg, wo sie am Treffen der EU-Innenminister teilnehmen wird. «Doch zuerst muss Italien seinen Verpflichtungen nachkommen», verlangte die Justizministerin.

Die Schweiz hatte der EU-Kommission einen Brief geschickt, um den Druck auf Italien zu erhöhen. Denn seit geraumer Zeit tauchen immer mehr unregistrierte Flüchtlinge in der Schweiz auf.

Auch Deutschland, Polen, Frankreich und Grossbritannien haben sich gemeinsam in Brüssel beschwert.

«Das Problem können wir jedoch nur gemeinsam lösen», sagte die Bundesrätin vor dem Ministertreffen. «Doch die meisten Flüchtlinge kommen erst gar nicht nach Europa», sagte sie weiter und verwies als Beispiel auf die «katastrophalen Zustände» in Libyen, unter denen viele Flüchtlinge leiden. SDA

Die Kehrseite der Strommarktöffnung

Warum sinkende Strompreise für Doris Leuthard nicht im Vordergrund stehen

Von Hubert Mooser, Bern

Bundesrätin Doris Leuthard (CVP) startete nach den Herbstferien durch: «Die Haushalte und kleine Unternehmen sollen ab 2018 den Stromlieferanten frei wählen können», verkündete die Chefin des Departements für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) am Mittwoch. Damit gemeint ist die zweite Etappe der Strommarktöffnung. Bisher war es nur Grosskunden vorbehalten, den günstigsten Anbieter auf dem Markt auszuwählen.

Wer jedoch glaubt, die Preise für Private und Gewerbetreibende würden deswegen auf breiter Front sinken, dürfte sich irren. Leuthard warnte auch bereits: Es sei nicht sicher, dass die Öffnung zu tieferen Strompreisen führe. Steige die Nachfrage, steige auch der Preis. Sie erhoffe sich jedoch eine nationale Angleichung der Stromtarife und dank mehr Wettbewerb innovativere Schweizer Elektrizitätsunternehmen.

Die Wasserkraft nicht gefährden

Der Preis steht für Leuthard jedoch nicht im Vordergrund. Dies sagte die Bundesrätin selbst, als sie die Vorlage präsentierte. Natürlich sind die regionalen Unterschiede bei den Stromtarifen ein Ärgernis. Laut der Eidgenössischen Elektrizitätskommission (ElCom) zahlt ein Haushalt in Basel für eine Vierzimmerwohnung mit Elektroherd und Elektroboiler durchschnittlich 25,22 Rappen pro Kilowattstunde, im Wallis bloss 16,53 Rappen. Zur Beurteilung dieser Preisdifferenzen müsste man aber auch den genauen Strommix des Versorgers kennen. Wurde die Elektrizität aus einem Atomkraftwerk produziert oder aus Wasserkraft erzeugt? Das spielt bei der Preisbildung eine Rolle.



Der Preis im Hintergrund. Doris Leuthard kündigte zwar die Strommarktöffnung an – billiger wird es für die Konsumenten aber nicht zwingend. Foto Keystone

Doch die Energieministerin dürfte kein Interesse daran haben, dass sinkende Preise die Schweizer Versorgungsunternehmen gefährden. Nationalrat Urs Gasche (BDP), beruflich Verwaltungsratspräsident der Berner BKW, bereitet besonders die Wasserkraft Sorgen. Er unterstütze grundsätzlich die Marktöffnung und marktnahe Preise, sagt Gasche. Der Berner verlangte zum Beispiel marktnahe Preise 2012 in einer Motion. Seit dem ersten Liberalisierungsschritt 2009, der für Grosskunden

die freie Wahl des Stromlieferanten brachte, haben sich ein paar Eckwerte verändert. 2011 explodierte im fernen Fukushima ein Atomreaktor. Die Schweiz beschloss den Atomausstieg in Etappen und den Umbau der Energieversorgung in Richtung mehr Strom aus Wasserkraft, Sonne, Wind, Biomasse usw. Doch die anhaltend tiefen Strompreise auf dem europäischen Markt haben alles verkompliziert. Besonders die Rentabilität von Grosswasserkraftwerken leidet unter dieser Situation.

«Um die Versorgungssicherheit zu garantieren, ist die Wasserkraft entscheidend», sagt Gasche. Er sei zwar

auch heute noch für marktnahe Preise, diese dürften jedoch nicht von einer Behörde einseitig so festgesetzt werden, dass die Wasserkraft gefährdet würde. Denn sonst habe diese wichtige Stromquelle erst recht keine Chance mehr.

Behörde bestimmt den Preis

Was Gasche Kummer bereitet: In der Vorlage zur Strommarktöffnung steht, dass Kleinkunden, die nach 2018 den Lieferanten nicht wechseln, durch den bisherigen Versorger bedient würden. Die Tarife, die dabei zur Anwendung kommen, werden von der ElCom überprüft «und gegebenenfalls gesenkt». Massgebend sind dabei aber nicht die Gestehungskosten der Stromunternehmen, sondern der dann geltende Marktpreis. Und dieser könnte tiefer sein als die Gestehungskosten der Stromfirmen.

Sollten deswegen Grosswasserkraftwerke in finanzielle Bedrängnis kommen, käme dies einem politischen Leerlauf gleich – hat doch die Umweltkommission des Nationalrates im August beschlossen, die Grosswasserkraftwerke zu fördern. In den kommenden 20 Jahren soll der Ausbau mit 38 bis 40 Millionen Franken pro Jahr gefördert werden. Damit die Unternehmen trotz sinkender Renditen in den Zubau investieren, weil die Wasserkraft derzeit unter den europaweiten tiefen Strompreisen leidet.

Diese Subventionen werden von den Konsumenten über die Stromrechnung bezahlt. Mit einem administrierten tiefen Marktpreis würde man die ganze Übung teilweise wieder rückgängig machen. Das wird sich auch Leuthard überlegt haben, als sie ihr Projekt zur Strommarktöffnung aufgleiste.

Für die Linke gilt es, die Wohlfühlzone zu verlassen

Neue Unterkünfte für Flüchtlinge

Von Fidel Stöhlker

Die Kriegsregionen im Nahen Osten zwingen Hunderttausende von Menschen zur Flucht in das reiche und friedliche Westeuropa. Der Flüchtlingsstrom aus Nordafrika, der erst gerade begonnen hat, und die vom IS gejagten Menschen in Syrien zwingen auch die Schweiz zum Umdenken. Wir sind stolz auf unsere humanitäre Tradition, aber jetzt haben wir den Scheideweg erreicht, wo es darum geht, für die Zukunft unseres Landes die richtige Route einzuschlagen. Es hat sich in den betroffenen Ausweisungsländern herumgesprochen, dass die Schweiz ein Sozialstaat ist und Flüchtlinge kaum ausgewiesen werden. Die Migrationsämter sind deshalb heillos überfordert und die Schweizer Gemeinden sind schon länger aufgerufen, neue Unterbringungsmöglichkeiten für die Flüchtlinge zu finden.

Gerne und lange diskutieren Politiker aller Parteien über neue Lösungen, finden aber keine. Es ist eine Diskussion ohne Bodenhaftung. Das Problem liegt darin, dass unbequeme Massnahmen von Politikern umgangen werden, weil die Angst, ihre Wähler damit zu vergraulen, gross ist. Eine Teillösung wäre vorhanden, aber gerade linke Politiker müssten über ihren Schatten springen

und unpopulären Massnahmen zustimmen.

In der ganzen Schweiz gibt es viele besetzte Häuser, die besser genutzt werden könnten, würden sich deren Bewohner sozialer verhalten. Das soziale Credo ist offensichtlich stärker als das soziale Verhalten. Wie beispielsweise Basel, Zürich und andere Schweizer Städte beweisen, sind die Verwaltungen ratlos. Viele Besetzer haben einen Job, wollen aber keine Miete bezahlen und ihren alternativen Lebensstil nicht im langweiligen bürgerlichen Umland urbaner Zonen leben, sondern im Zentrum. So zahlen sie monatlich nur 80 bis 100 Franken Unterhaltskosten, damit Strom und Wasser nicht abgestellt werden. Gleichzeitig diskutieren Politiker über den Bau neuer Flüchtlingszentren, die Millionen kosten und erst in ein bis zwei Jahren bezugsbereit sind. Aus der Not heraus werden Flüchtlinge inzwischen in schöne Wohnhäuser und Hotels einquartiert, was der Bevölkerung gar nicht passt.

Die Hausbesetzer könnten in die umliegenden Gemeinden ziehen, wo die Mieten deutlich günstiger sind, als sie es in der Stadt sind, aber sie wollen den Foier und s Weggli. Würde die Politik die vielen besetzten Häuser und Areale, in Absprache mit den Hausbe-

sitzern, zwangsräumen lassen, würde plötzlich wieder viel Platz für politische und andere Flüchtlinge frei. Das hätte auch Vorteile für die Immobilienbesitzer, denn der Staat zahlt eine normale Miete, was die Besetzer aus Überzeugung nicht tun.

Wer braucht eher Hilfe? An Leib und Leben bedrohte Flüchtlinge oder Hausbesetzer?

Die Zwangsräumung der besetzten Häuser würde die Linke dazu zwingen, abzuwägen, wer eher Hilfe braucht: die an Leib und Leben bedrohten Flüchtlinge oder die Hausbesetzer, die nicht von ihrem alternativen Lebensstil abweichen wollen. Sozial sein bedeutet auf gewisse Vorteile verzichten, damit die Schwächeren zu ihren Rechten kommen und ein erträgliches Leben bei uns führen können. Gerade in den urbanen Zonen der Schweiz würde eine interessante Diskussion entstehen, da linke Kreise, unterstützt durch Bundesrätin Simonetta Sommaruga, mehr Flüchtlinge aufnehmen wollen und gleichzeitig die Hausbesetzer dulden. In den Städten, die sich eine linke

Regierung leisten, muss ein Umdenken stattfinden, zugunsten der ärmsten Menschen in unserem Land und solcher, die kommen werden. Politiker von Gemeinden und Kantonen müssten sich im Interesse von Bundesrätin Sommaruga entscheiden, was für sie wichtiger ist: der Schutz der Hausbesetzer oder die Unterstützung der Flüchtlinge. An diesem Punkt ist bereits der Zürcher Stadtrat Richard Wolff gescheitert, weil er Sympathien für die Hausbesetzer erkennen liess und mit einer Räumung so lange zögerte, bis der öffentliche Druck zu gross wurde. Wie würde er auf die Frage reagieren: Soll ich echte Flüchtlinge oder Querulanten stützen, die fremden Grund zu Unrecht besetzen? Auch für die Linken gilt es künftig, die von den Bürgerlichen geschaffene Wohlfühlzone zu verlassen, um dem Sozialstaat Schweiz gerecht zu werden.

Dies gilt zwingend für die jüngere Generation, denn sie müssen die Fehler ihrer Vorgänger korrigieren, die in einer Zeit des explodierenden Wohlstands aufgewachsen sind. In Zukunft werden wir eine neue Balance finden müssen, wenn wir die bürgerliche Schweiz und unseren Sozialstaat sichern wollen.

Fidel Stöhlker ist Geschäftsführender Partner der Stöhlker AG in Zollikon.

ANZEIGE



CONFISERIE SPRÜNGLI
Tradition seit 1836

**VIER LÄNDER
HABEN HIERFÜR IHR
BESTES GEGEBEN.**

Unsere in Handarbeit gemachten Truffles Grand Cru aus vier edlen Kakaosorten erwarten Sie in unseren Verkaufsgeschäften und unserem Online-Shop. www.spruengli.ch/shop

Sprüngli

